

# Über CHF 30 Mrd. für Schweizer Konjunktur?

**Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil**

## **Parlament fordert Massnahmen in Höhe von über CHF 30 Mrd. !**

Am 9. März 2009 findet im Rahmen der Frühjahrsession eine Sondersitzung über Massnahmen zur Bewältigung der Finanzmarktkrise und des Konjunktur einbruchs statt. Dazu wurden bereits 68 parlamentarische Vorstösse eingereicht. Gruppieren man diese nach ihrer Stossrichtung, dann ergibt sich folgendes Bild: 12 davon betreffen die Finanzmarktkrise, 56 die Konjunktur. Die Hälfte (34) aller Vorstösse wurden von der SP, weitere 12 (18%) von den Grünen eingereicht, womit schon vorprogrammiert ist, dass es sich bei der bevorstehenden Sondersession vor allem um Umverteilung und kaum einen Anstoss der Konjunktur gehen wird. Addiert man die bezifferten Ausgabenwünsche dieser 68 Vorstösse, dann kommt man auf einen Forderungskatalog von rund CHF 24 Mrd. Eliminiert man die Doppelzählungen, weil einzelne Vorstösse in die gleiche Richtung zielen, dann halbiert sich diese Summe auf CHF 10 bis 15 Mrd. Dazu kommt aber eine milliardenschwere Wunschliste, die bisher noch nicht in Franken und Rappen abzuschätzen ist. Als Gegengewicht ist die Liste der Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen in die Rechnung einzubeziehen, die sich ebenfalls auf einen zweistelligen Milliardenbetrag summiert (Mehrwertsteuersenkung um 1% = CHF 2,8 Mrd., Verteilung Überschuss der ordentlichen Staatsrechnung 2008 von CHF 7,3 Mrd., Senkung Autoimportsteuer, Familienbesteuerung, vorgezogene kalte Progression, steuerfreie AHV etc.). Und schliesslich sind auch die geforderten Verzichte auf Steuer- und Abgabenerhöhungen für die Arbeitslosenversicherung, die Erwerbsersatzordnung, die IV oder die Sistierung der CO<sub>2</sub>-Abgabe und der Rückbau der LSVA zu berücksichtigen. Dass die Steuererträge in den nächsten 2 Jahren ohnehin massiv geringer ausfallen werden, sei nur am Rande erwähnt.

Die Mehrausgaben und Mindereinnahmen summieren sich auf über CHF 30 Mrd., was mehr als einem halben Staatshaushalt (Ausgaben 2008: CHF 56,6 Mrd.) bzw. etwa 5% des nominellen Bruttonutzenproduktes entspricht. Wie diese Lücke im Staatshaushalt gegenfinanziert werden soll, darüber schweigt man sich aus. Den Forderungen steht bis heute erst ein einziger Sparantrag (Ausgabenüberprüfung und Reduktion der Ausgaben um CHF 2 Mrd.) gegenüber. Müssen diese Finanzierungslücken durch zusätzliche Bundesschulden finanziert werden, dann nehmen diese von CHF 121.8 Mrd. per Ende 2008 um rund 25% auf 151.8 Mrd. zu (= 81'000 pro vierköpfige Familie).

Konjunkturprogramme sind die Hauptsaison für Subventionsjäger. Es sind denn auch vor allem Befürworter des öffentlichen Verkehrs, der Bauwirtschaft, inklusive Energieprojekte aller Art bis hin zum Tourismus, die von diesem Geldsegen profitieren möchten. Die Problematik von Konjunkturprogrammen besteht darin, dass der Staat auf politischen Druck hin oft in Sektoren Geld investiert, die kaum zu einer Produktivitätssteigerung der gesamten Volkswirtschaft beitragen und deshalb fraglich sind.

Auch der **Bundesrat** will die Konjunktur vor allem mit Mehrausgaben in Fahrt bringen. Bereits im November 2008 hat er ein erstes Paket von Massnahmen ausgelöst. Dabei nutzte er einen Teil des Schuldenbremse-Spielraums im Budget 2009 und beantragte dem Parlament, gezielt Ausgaben (CHF 340 Mio. u.a. für Hochwasserschutz, Unterhalt ziviler Bundesbauten und Exportförderung) zu erhöhen. Zudem wurden die Arbeitsbeschaffungsreserven per Anfang 2009 freigegeben (CHF 500 Mio.). Nun will er mit einem weiteren Massnahmenpaket (2. Stufe der Stabilisierungsmassnahmen) weitere CHF 700 Mio. für die Konjunkturbelebung einsetzen. Der Bund hofft, damit ein Investitionsvolumen von CHF 1 Mrd. auslösen zu können, was rund 0,17% des BIP entspricht. Die Stossrichtung geht auch beim Bund schwergewichtig in Richtung Bau und Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Strasse und Schiene CHF 390 Mio.), Regionalpolitik (CHF 100 Mio.), Umwelt und Energie (CHF 80 Mio.), Forschung (CHF 50 Mio.), Sanierungen von Bundesbauten (CHF 40 Mio.). Damit werden die von der Rezession am stärksten betroffenen Sektoren, die Exportwirtschaft und der Finanzsektor kaum profitieren. Ob die vorgesehenen Steuermillionen tatsächlich der Schweizer Wirtschaft zugute kommen, wird sich zeigen. Die Vergaberegeln (internationale Ausschreibungen) könnten dazu führen, dass ein Teil dieser Aufträge auch an ausländische Unternehmer geht.

Weitere Massnahmen sind die Verlängerung der Kurzarbeiterentschädigung von 12 auf 18 Monate (2009: CHF 15 Mio., 2010: CHF 90 Mio.) und die Verkürzung der Karenztage von bisher 2-3 auf noch einen Tag. Dazu kommt eine bis 2011 befristete Ausdehnung der Exportrisikoversicherung. Diese beiden Massnahmen erscheinen zweckmässig, zumal die Kosten der Exportrisikoversicherung von den Exporteuren selbst getragen werden. Ein drittes Konjunkturprogramm könnte im Juni zur Diskussion anstehen.

In den USA und von internationalen Organisationen wird anstelle eines graduellen Vorgehens in den wichtigen Industrieländern ein einziges, dafür durchschlagendes, grosses Programm im Verbund aller Länder, gefordert, weil ein stufenweises Vorgehen erfahrungsgemäss wenig bringe. Dies mag zwar zutreffen, aber auch der Erfolg von koordinierten Konjunkturprogrammen ist nicht gesichert und noch nie ausgetestet worden. Fragen stellen sich weniger in Bezug auf das Vorgehen denn, ob staatliche Konjunkturprogramme überhaupt sinnvoll sind. Die meisten Konjunkturmassnahmen greifen zu späte, weil deren Umsetzung und Regulierung zu viel Zeit in Anspruch nimmt. Selbst vorgezogene Bauprojekte sind oft prozyklisch bis sie schlussendlich realisiert werden.

**„Jede Ausgabe des Staates beruht auf einem Verzicht des Volkes“** (Ludwig Erhard, Vater der Sozialen Marktwirtschaft und des deutschen Wirtschaftswunders).

Es ist ein Trugschluss anzunehmen, die Regierungen könne Geld in die Wirtschaft pumpen und Arbeitsplätze schaffen, ohne dass sie diese Ausgaben finanzieren müssten. Per Saldo bleiben lediglich Umverteilung und bürokratische Umverteilungskosten. Bei besonders grossen Summen ist nachweislich noch ein Vetternwirtschafts- oder Korruptionsaufschlag zu entrichten. Sichtbar wird diese Tatsache bei der Finanzierung von Konjunkturprogrammen über Steuererhöhungen. Heimtückischer sind Konjunkturprogramme, die mit zusätzlichen Staatsschulden finanziert werden. Damit wird die Last auf die künftigen Generationen verschoben, denn Staatsschulden sind nichts anders als künftige Steuern. Selbst wenn die

Schulden nicht amortisiert werden, bleibt für die künftige Generation eine Zinslast, die derzeit wegen der historisch tiefen Zinsniveaus noch nicht sonderlich schmerzt. Wenn aber eines Tages die Zinsen wieder ansteigen, wird der Zinsaufwand markant ansteigen und den Spielraum für andere Ausgaben begrenzen. Im Gegensatz zu normalen Staatsausgaben, müssen Zinsen bezahlt werden. Sie können nicht mit einem Sparprogramm reduziert werden. Die Finanzierung von Konjunkturprogrammen über Steuern und Abgaben verdrängen private Ausgaben und Investitionen. Jeder Franken, der von der öffentlichen Hand ausgegeben wird, muss wieder durch die Besteuerung Privater eingesammelt werden. Die Tatsache, dass man Privatleuten das Geld entzieht, fördert weder das Investitions- noch das Konsumklima.

Bei der Beurteilung der parlamentarischen und der bundesrätlichen Vorschläge zur Belegung der Konjunktur gilt es zwischen effektiven Konjunkturmassnahmen, längerfristigen Investitionen zur Förderung des Wachstums und reiner Umverteilung zu unterscheiden. Bei der Umverteilung wiederum sind kurzfristige, einmalige Aktionen (z.B. Rückerstattung von Bundesüberschuss) und Dauermaßnahmen (Erhöhung Kindergelder, dauernde Verlängerung der Bezugsfristen der Arbeitslosenversicherung auf 520 Tage, Befreiung Jugendlicher von Krankenkassenprämien, Ausbau familienergänzende Kinderbetreuung), die nichts mit Konjunkturförderung zu tun haben, zu unterscheiden. Wenn vermeintliche Konjunkturmassnahmen hauptsächlich der Umverteilung dienen, was z.B. auch im Falle des USD 800 Mrd. Programms der Regierung Obama zu 90% der Fall ist, dann drohen solche Programme zu Rohrkrepierern zu werden. Damit werden lediglich mehr Staatsabhängige gezüchtet und die Wachstumsimpulse sind gleich null.

### **Das Märchen von Roosevelts New Deal und staatlichen Programmen**

Immer wieder werden die staatlichen Massnahmen im Gefolge der Krise von 1929 als positives Beispiel für Staatsinterventionen dargestellt. In Tat und Wahrheit erfolgte aber der grösste industrielle Kollaps der US-Geschichte erst im Jahre 1937, d.h. 8 Jahre nach dem Börsencrash und im fünften Jahr des so genannten New Deals. Und die gleichen Keynesianer, die sich für die Globalsteuerung der wirtschaftlichen Nachfrage durch den Staat starkmachten, prognostizierten damals eine Nachkriegsrezession angesichts sinkender Staatsausgaben und der Rückkehr von Millionen von Soldaten auf den Arbeitsmarkt. Das Gegenteil trat ein. Während die Staatsausgaben zurückgingen, boomten der private Konsum und die privaten Investitionen. Die Arbeitslosigkeit sank bis 1947 auf nur noch 4%. Signifikant sinkenden Steuern, die sich entwickelnden Kapitalmärkte und die Zuversicht der Konsumenten, die zu einer Abnahme der Sparneigung führte, trugen massgeblich zum wirtschaftlichen Nachkriegsboom bei.

**Deshalb ist das Schwergewicht im Konjunkturbereich, wenn überhaupt solche Massnahmen zu treffen sind, auf Steuersenkungen und nicht auf staatliche Mehrausgaben zu legen. Dazu gehört auch ein vorzeitiger Ausgleich der kalten Progression.**